

Vorkämpferinnen in der Gewerkschaftsbewegung

Die Geschichte des deutschen Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen



Paula Thiede eindrucksvoll in der Mitte der Gewerkschafter*innen

Quelle: ver.di-Archiv – Nachlass
Hermann Lohse

Du bist motiviert?
Informiere dich unter:
<https://frauen.dgb.de>

Kontakt:
merle.mangels@dgb.de
www.niedersachsen.dgb.de

» Als die erste Frau lesen lernte, trat die Frauenbewegung in die Welt. «
Marie von Ebner-Eschenbach

Die Geschichte von Frauenrechten ist immer eine des jahrelangen Kämpfens, geprägt von Erfolgen ebenso wie Rückschlägen. In den Anfängen der deutschen Frauenbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts war eine der zentralen Forderungen das Recht auf Bildung und Mündigkeit.

Dies verdeutlicht eine wichtige Grundlage der feministischen Bestrebungen: Bildung und vor allem die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben. Damals zählten zu den Mitgliedern der ersten Zusammenschlüsse so vor allem bürgerliche Frauen und Lehrerinnen, bald konstituierte sich der erste formale Zusammenschluss: Der Allgemeine Deutsche Frauenverein.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch die Geschichte des Kampfes um bessere Arbeitsbedingungen für

Frauen ihren Anfang in einer Belegschaft fand, die geübt war im Umgang mit Texten: Die Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen. Diese gründeten am 5. März 1890 den Berliner »Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck- und Schnellpressen«. Sie kämpften dafür, nicht als »Arbeiter zweiter Klasse« betrachtet zu werden und forderten, die gleichen Vergünstigungen zu erhalten, welche den Männern durch einen zuvor erkämpften Tarifvertrag versprochen wurden.

Dank der Vorarbeit der Berlinerinnen konnte 1898 der Zentralverband der Buchdruckerei-Hilfsangestellten (VBHi) unter Vorsitz von Paula Thiede gegründet werden. In diesem nun gemischt-geschlechtlichen Verein blieb dank der selbstbewussten und erfahrenen Berliner Frauen die Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Thema – und Frauen in der Überzahl. Neben ihren geschlechtssensiblen Arbeitskämpfen wurden die Frauen im VBHi durch die dort erfolgende Selbstermächtigung auch für politische Kämpfe außerhalb des Vereins geschult und sozialisiert. Eigene Frauengremien und die proaktive Ermächtigung von Frauen z. B. durch die Wahl weiblicher Vorsitzenden trugen dazu maßgeblich bei. Der VBHi hat damit ein Erfolgsrezept gefunden. So konnten nicht nur rekordverdächtig viele Frauen für gewerkschaftliche Arbeit gewonnen, sondern gleichzeitig ein großer Beitrag zur allgemeinen Frauenbewegung geleistet werden. Selbstverständlich gab es auch innerhalb des VBHis immer wieder Konflikte und Widerstand. Dass sich die Frauen durchsetzen konnten, unterstreicht jedoch seine Sonderstellung.

Die Geschichte des VBHi inspiriert noch immer, denn sie zeigt, wie wichtig es ist, dass sich Frauen ermächtigen, weiterbilden, zusammenschließen und selbst repräsentieren. Gleichzeitig macht sie deutlich, dass im Kampf um Gleichberechtigung Durchhaltevermögen gefragt ist. Denn wir fordern noch immer gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Noch heute kämpfen wir für flächendeckende Tarifverträge, die gerechte Arbeitsbedingungen für alle sicherstellen. Und bis heute gilt: Wir müssen uns organisieren und zusammenschließen. ■

Henriette Bastian

Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern war und ist ein Skandal

Es wird behauptet, Frauen verdienen weniger, weil sie bei Teilzeit weniger arbeiten. Falsche Behauptung! Der Gender Pay Gap bezieht sich auf den Stundenlohn. Frauen, die heute noch viel mehr unbezahlte Hausarbeit leisten und Familienmitglieder versorgen (und pflegen) und deshalb in Teilzeit arbeiten, verdienen pro Stunde weniger als die männlichen Kollegen in Vollzeit – eine Situation, die bei gleicher Arbeit einfach diskriminierend ist. Obendrauf ist es rechtswidrig. Außerdem fallen die Löhne in frauendominierten Berufszweigen niedriger aus als in Männerbranchen.

Somit können Frauen ihre Existenzsicherheit (und Arbeitsverteilung) nicht ohne Sorgen planen. Denn gut die Hälfte der abhängig beschäftigten Frauen in Deutschland verdient nicht genug, um mit ihrem Gehalt ihre eigene Existenz langfristig zu sichern. Sie haben für Zeiten ohne eine Erwerbstätigkeit keine ausreichende soziale Absicherung (z.B. bei Arbeitslosigkeit, oder Ruhestand). 70 Prozent können nicht langfristig für sich und ein Kind sorgen.



Noch viel schlimmer ist die Altersarmut bei Frauen. Die Ungerechtigkeiten im Berufsleben gehen bis ins hohe Alter. Das bestätigen die durchschnittlichen Rentenzahlun-

gen in Niedersachsen bei Frauen mit monatlich 1.333 Euro - Männer erhalten rund 500 Euro mehr. Was für eine Ungerechtigkeit! Deutschland ist so ein fortschrittliches und

reiches Land, schafft es aber nicht eine gerechte Bezahlung für ihre Bürger und Bürgerinnen einzuführen. ■

Pressy Cascales, DGB Lehrte

Unsere Forderung: Kostenloses Mittagessen in allen Schulen – was denn sonst?!

LESETIPP:
Meier-Gräwe, Uta 2020:
»Auf den Geschmack gekommen. Soziale und geschlechtsspezifische Dimensionen einer zeitgemäßen Schulverpflegung.«
In: Haushalt in Bildung & Forschung 9 (2020) 2, S. 49-59.
<https://d-nb.info/1262055571/34>

Kontakt:
kleber@gew-hannover.de

Die Forderung nach einem beitragsfreien Mittagessen an allen Schulen ist seit 2024, als der Bürgerrat Ernährung seine Ergebnisse veröffentlichte, zurück in der öffentlichen Wahrnehmung. Die Auseinandersetzung um ein beitragsfreies Mittagessen ist jedoch nicht neu: So kam es bspw. nach Ende des zweiten Weltkrieges in allen Besatzungszonen zu einer flächendeckenden Etablierung von Schulspeisungen, um die Versorgungslage von Kindern in den Nachkriegsjahren zu verbessern. In der DDR wurde diese Schulspeisung mit einer Kostenbeteiligung der Familien dauerhaft etabliert, in der BRD zu Beginn der 1950er Jahre wieder abgeschafft.

In der Debatte um ein beitragsfreies Mittagessen überwiegen bisher zwei Argu-

mentationslinien: So geht es zum einen darum gesellschaftlich beteiligten Gruppen eine warme Mahlzeit zur Verfügung zu stellen und damit eine quantitative Aufwertung der Versorgungslage von armen Menschen zu erzielen. Zum anderen wird vor allem die Qualität der Nahrungsmittel in den Blick genommen. Hier liegt der Fokus auf gesündere Ernährung, die eine gesunde Entwicklung und den weiteren Lebensstil der Schulkinder befördern soll.

Die Forderung nach einem beitragsfreien Mittagessen lässt sich jedoch auch aus einer frauenpolitischen Perspektive heraus betrachten. Trotz aller Bemühungen um gesellschaftliche Gleichstellung der

Geschlechter und der gerechteren Aufteilung von Care Arbeit zeigen aktuelle Studien, dass weiterhin vor allem Frauen die familiäre Sorgearbeit leisten. Frauen übernehmen nicht nur den deutlich größeren Anteil an Hausarbeit, an Kinderbetreuungszeiten, sondern auch die Nahrungsmittelversorgung der Familie – vom Erstellen der Einkaufsliste, dem Einkaufen selbst, bis hin zum Kochen, Abwaschen usw. Ein beitragsfreies Mittagessen reduziert demnach hauptsächlich die Arbeitsbelastung der Mütter – die Erwerbstätigkeit, Kinder und Haushalt irgendwie miteinander in Einklang bringen müssen.

Bei der Entscheidung ob und wie viel Mütter einer Erwerbstätigkeit nachgehen,

spielen immer wieder finanzielle Überlebensgungen eine Rolle, die das Einkommen im Verhältnis zu zusätzlichen Ausgaben durch höhere Betreuungsbedarfe etc. setzen. Die Kosten für ein Mittagessen in Schule oder Kindertageseinrichtung sind hierbei kein unerheblicher Posten. Gerade in Zeiten, in denen verstärkt gefordert wird, dass alle Mütter nicht nur Teilzeit, sondern Vollzeit einer Erwerbsarbeit nachgehen sollen, ist es völlig unverständlich, dass Betreuungsangebote unzureichend finanziell und personell ausgestaltet sind und dass es eben kein beitragsfreies Mittagessen für alle Heranwachsende gibt. ■

Birthe Kleber, GEW Kreisverband Region Hannover

Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien verteidigen: lokal handeln, international wirken



Foto: WDR/Kongra Zenobia

Gefährdung eines revolutionären Gesellschaftsmodells

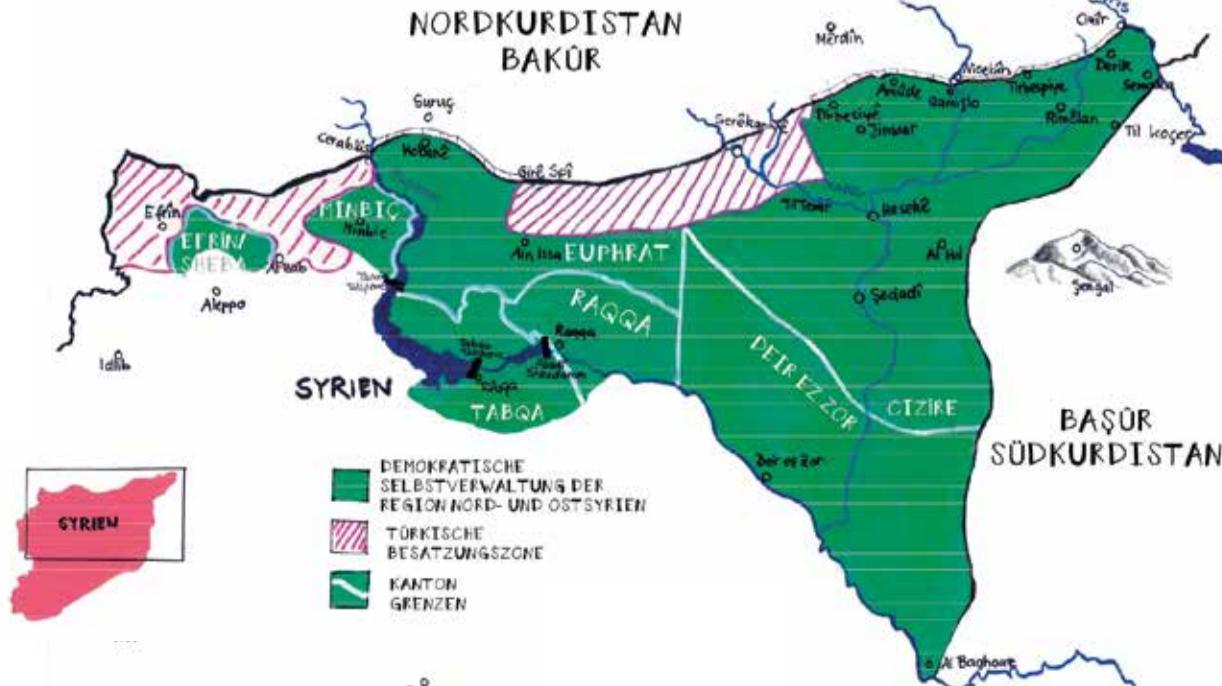
Die aktuelle Umbruchphase in Syrien bedroht direkt die beeindruckenden Errungenschaften in Rojava, des autonom verwalteten kurdischen Gebietes in Nord- und Ostsyrien. Es ist die Region, in der die Menschen seit 2012 mit großer Kraft, Einsatzbereitschaft und Zukunftshoffnung dabei sind, ihre Gesellschaft basisdemokratisch neu aufzustellen.

Maßgeblich von Frauen angestoßen und geführt, wollen sie damit als Alternative zum kapitalistisch-patriarchalen System die gesamte Arbeits- und Lebensweise umfassend revolutionieren.

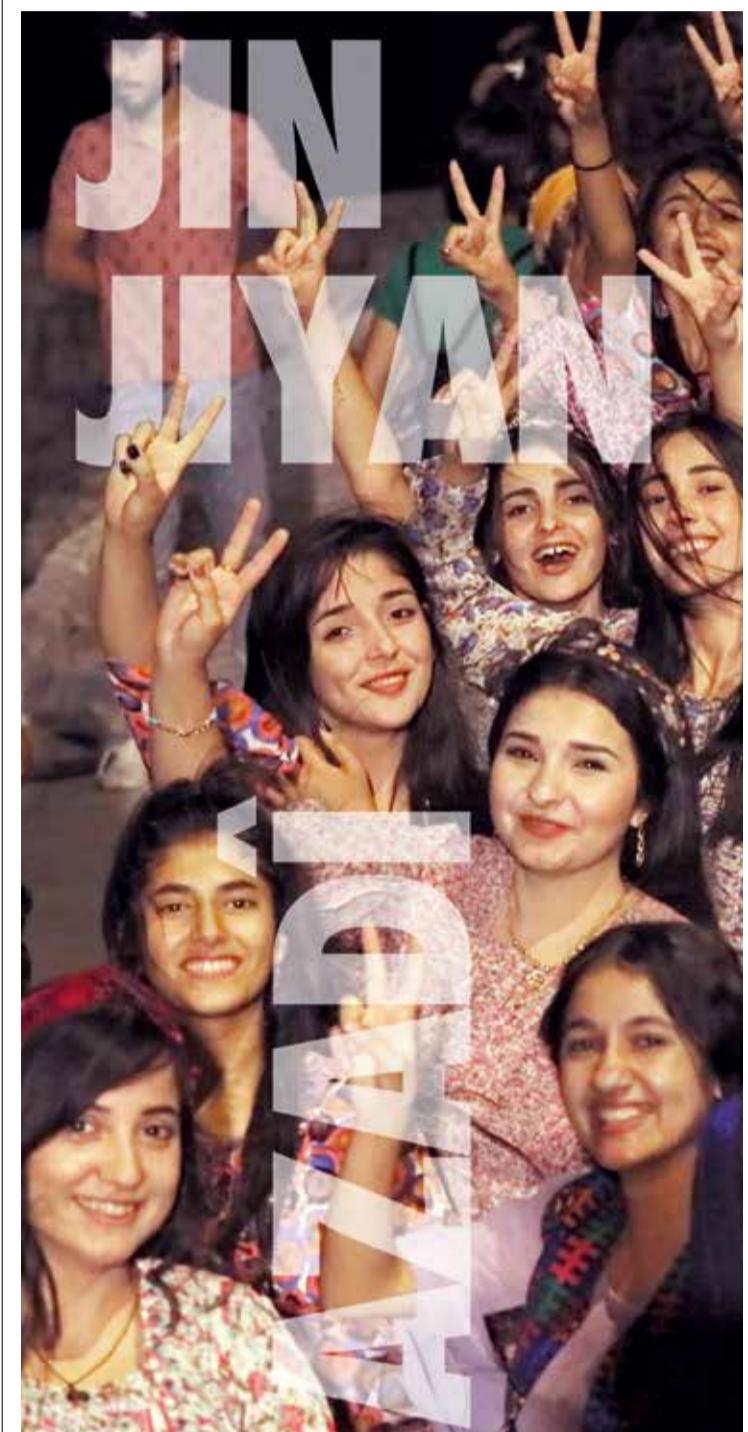
Syriens Übergangspräsident ist der ehemalige Al-Qaeda-Terrorist Al-Jawlani, er tritt inzwischen als Ahmed al-Sharaa auf. Trotz massiver Kritik von Menschenrechtsorganisationen genießt er zunehmende internationale Legitimation, da westliche Staaten seine Regierung offiziell anerkennen. Neben seiner dschihadistischen Vergangenheit verantwortet der Übergangspräsident mit seiner Regierung schwere Menschenrechtsverbrechen gegen religiöse Minderheiten wie Drus*innen und Alawit*innen, die im März und Juni 2025 stattgefunden haben. »Seit dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 vergeht kein Tag, an dem Angehörige der alawitischen und der drusischen Minderheit nicht

»Die Entwicklung in der Region wird oftmals als ›Frühling der Völker‹ bezeichnet. Uns geht es darum, dass dies auch zum ›Frühling der Frauen‹ wird.«

Ilham Ahmed, Ko-Vorsitzende des Büros für auswärtige Angelegenheiten der Demokratischen Selbstverwaltung der Region Nord- und Ostsyrien



DIE AUSSTELLUNG



Die Ausstellung »Jin Jiyan Azadî – die Errungenschaften der Frauenrevolution« wurde zusammen von Kongra Star (Nord- und Ostsyrien), dem Europakomitee der Stiftung der Freien Frauen Syriens (WJAS) und Women Defend Rojava erarbeitet. Sie wirft mit ihren aussagekräftigen Bildern und Texten einen Blick in die verschiedenen Lebensbereiche, in denen die Frauen der Region ihre selbstverwalteten Strukturen aufgebaut haben.

Mit Blick auf 13 Themen erzählen insgesamt 26 Stoffbanner in der Größe 75 x 200 cm durch kurze, prägnante Texte und großformatige Fotos vom Leben und Wirken der Frauen.

Für weitere Informationen, Kontakt oder Anfrage für die Ausstellung wenden Sie sich an: ausstellung_jinjiyanazadi@riseup.net
<https://womendefendrojava.net/de/ausstellung-jin-jiyan-azadi-die-errungen-schaften-der-frauenrevolution/>



www.kongra-star.org



www.wjas.org www.womendefendrojava.net



nendendrojava.net

Kurdistan ist eine Region im Mittleren Osten. Durch die Grenzziehung vor hunderten Jahren wurde sie auf die vier Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt.

Rojava bedeutet auf kurdisch »Westen« und bezeichnet die westlichen Gebiete von Kurdistan, die im Norden Syriens liegen. Die kurdische Bevölkerung wurde dort jahrzehntelang durch das syrische Regime unterdrückt. Als 2011 der »arabische Frühling« in Syrien begann, protestierte auch die kurdische Bevölkerung und befreite sich schließlich im Juli 2012 von der staatlichen Unterdrückung. Mit der sogenannten Rojava-Revolution begab sie sich auf den Weg, ein demokratisches Gesellschaftsmodell umzusetzen, in dem die verschiedenen sozialen, kulturellen und religiösen Gruppen der Region aus ihrer Vielfalt eine gemeinsame Kraft schufen. Zusammen gründeten sie die heutige Demokratische Selbstverwaltung der Region Nord- und Ostsyrien und bauten über die Jahre ein demokratisches Rätesystem auf, in dem sich die Gesellschaft auf allen Ebenen selbst organisierte. Damit schufen sie für die rund vier Millionen Menschen der Region eine lebenswerte Grundlage und das trotz des anhaltenden Krieges, einem internationalen Embargo und der vor allem vom türkischen Staat ausgehenden Angriffe.

Die Frauenbewegung im Iran aus einer anderen Perspektive



Foto: Setareh Vahedi

Was 2022 im Iran geschehen war, war nicht so spontan, wie es aussah, weil die Frauen 44 Jahre lang für ihre Rechte

gekämpft hatten, wenn auch nicht alles radikal war wie z.B. die Hinwendung zu Klerikern oder ihr Bezug auf das Thema

Kinderschutz. Die Frauen sollten nicht für islamischen Kinderschutz kämpfen, sondern für das Recht der Frau auf ihr Kind, denn ein Kind gehört nicht nur dem Mann. Die Themen wie Ehrenmorde, Kinderheirat, das Recht von Frauen zu reisen, das Recht zu arbeiten bei hoher Arbeitslosigkeit der Frauen, Abtreibungsverbot, häusliche Gewalt, Erbschaft und Scheidungsrecht müssen wir ebenfalls den Kämpfen hinzufügen. Das Kopftuch war darin auch ein Thema. Die Ermordung von Mahsa/Jina Amini war ein Wendepunkt, der die Unterdrückten dazu brachte, aufzuschreien.

Nach Ansicht des herrschenden Systems sollten Frauen zu ihrem Hauptberuf, nämlich Haushalt und Kinderkriegen, zurückkehren. Es kommen alle diese Themen aus der Sichtweise der Machthaber auf die Frage der Frau und des Geschlechts.

Leider gab es im Voraus der Proteste keine Vorbereitung. Weder waren die Frauen selbst bereit noch die Gesellschaft war dafür bereit. Daher wurde der erste verfügbare Slogan, der kurdische Frauenlogan »Frau-Leben-Freiheit«, im iranischen Kurdistan verwendet und landesweit verbreitet.

Dieser Slogan konnte eine Bewegung auslösen, die schnell nicht nur Frauen, sondern auch Männer wieder in den Kampf zurückbrachte. Diese Bewegung hätte jedoch nicht auf diesen Slogan beschränkt bleiben dürfen. Sie hätte sich auch mit allen oben erwähnten Frauenfragen sowie mit allgemeinen gesellschaftlichen Problemen wie Teuerung, Inflation, Krankenversicherung, Bildungssystem usw. befassen müssen, da auch dies Frauenthemen sind.

Leider war ihre Beschränkung darauf zurückzuführen, dass Kräfte schnell stark wurden, die diesen Slogan umgingen und das Thema des Sturzes des Regimes aufwarfen. Sie ließen nicht zu, dass klar wurde, wofür die Frauen auf die Straße gingen, was sie zerstören und womit sie es ersetzen wollten. Folglich wurde nicht benannt, wo die Frau in der Gesellschaft steht. Was meinen sie mit Leben, wohin wollen sie zurückkehren? Geht es nur darum, kein Kopftuch zu tragen, oder geht es darum, ein Leben zu erreichen, in dem Frauen in allen Bereichen in Freiheit sind, in Wohlstand leben und als Menschen gerecht behandelt werden?

Diese Kräfte waren meistens Monarchisten, die nach dem Sturz des Schah-Regimes 40 Jahre lang nur mit ihrem Privatleben beschäftigt waren. Bei der Mahsa Bewegung dachten sie plötzlich an Revolution. Sie ließen nicht zu, dass die aktive Kraft der Bewegung, die kämpfte und sogar ihr Leben riskierte, wachsen und sich weiterentwickeln konnte.

Zu dieser Entwicklung trug auch die Schwäche der Arbeiterklasse in Iran, in der ein Teil aus Arbeiterinnen besteht; sie war nicht dort, wo sie sein sollte. Konnte die Kämpfe nicht von den Straßen in die Produktionszentren tragen und verhindern, dass Protestierende, von denen viele noch Jugendliche waren, unbedacht in den Schussbereich der Gegenrevolution des herrschenden Kapitalismus stürzten. Die Bewegung konnte den sicher scheinenden Weg zum Sieg nicht zum Ziel führen, obwohl sie die Atmosphäre dafür schaffen konnte. Und die ist noch lebensdig.? ■ Farkhonde Taghadossi

Kontakt:
pershia47@yahoo.de

Afghanische Frauen setzen ihren Kampf fort – trotz alledem!

Auch im vergangenen Jahr waren afghanische Frauen unter der Herrschaft der Taliban vielfältigen Formen von Gewalt und geschlechtsspezifischer Diskriminierung ausgesetzt. In den fast fünf Jahren ihrer Herrschaft hat die autokratische Regierung der Taliban zahlreiche Dekrete erlassen, die Frauen ihrer grundlegendsten Rechte beraubten und sie in ihre Häuser verbannen. Beraubt wurden sie des Rechts auf Bildung und Schulbesuch. Obwohl in Afghanistan ein akuter Mangel an Ärztinnen und Krankenschwestern herrscht, wurde ihnen das Recht auf ein Studium der Medizin oder der Krankenpflege entzogen.

Armut ist ein bedrohliches Phänomen, das die Bevölkerung Afghanistans stärker trifft als die jeden anderen Landes. Wie das Welternährungsprogramm bekannt gab, hat sich die Hungerkrise in Afghanistan mit dem Wintereinbruch verschärft. Derzeit leidet die Hälfte der Bevölkerung unter schwerem Nahrungsmittelknappheit. Fünf Millionen Mütter und Kinder seien unterernährt. Nach der Machtübernahme der Taliban verloren die meisten Frauen ihre Arbeit. Als Alleinverdinerinnen ihrer Familien – jede fünfte Frau ist Witwe – heißt das schlimmste Armut für sie und ihre Kinder.

Frauen sind bis in die intimsten Bereiche ihres Lebens von dem Terror mittelalterlicher Gesetze des Regimes besonders betroffen. Aber auch Männer müssen sich den autokratischen Bestimmungen der Taliban unterwerfen, die als Feinde der Menschheit, der bürgerlichen Freiheiten, der Wissenschaft und der Kunst das Land um Jahrhunderte zurückgeworfen haben.

Trotz alledem setzen afghanische Frauen ihren Kampf fort. Frauenorganisationen wie die »Revolutionäre Gesellschaft Afghanischer Frauen« (RAWA) stehen den Menschen in Afghanistan, insbesondere Frauen und Kindern, in diesen repressiven Verhältnissen bei und unterstützen sie. RAWA wurde 1977 von Mina mit einer Gruppe intellektueller, säkularer afghanischer Frauen in Kabul gegründet und setzt sich seitdem für die Rechte afghanischer Frauen ein. Sie kämpft gegen ausländische Aggression genauso wie gegen islamistische Gruppen innerhalb Afghanistans. Mina, ihre Anführerin, sprach sich als eine der wenigen Frauen öffentlich gegen den islamistischen Fundamentalismus aus. Sie wurde 1987 von islamistischen Parteien ermordet. Heute organisiert RAWA in



Afghanistan geheime Schulen und Kurse für Frauen und Mädchen und ermutigt sie, für ihre Rechte und soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Ihre Überzeugung ist, dass keine ausländische Macht das afghanische Volk und insbesondere die afghanischen Frauen retten kann. »Es gibt keinen anderen Retter als uns selbst – wir müssen uns mobilisieren und gegen die Herrschaft der Taliban kämpfen.«

Während die Taliban afghanische Frauen in ihren Händen, Füßen und Gedanken fesseln, lassen Länder weltweit die Präsenz der Taliban in ihren Botschaften zu. Auch in Deutschland wurden bereits zwei Taliban-Diplomaten empfangen, die afghanische Botschaft in Berlin sowie die Konsulate in Bonn und München wurden den Taliban übergeben. Dies ist für afghanische Flüchtlingsfrauen, die in Deutschland leben,

besorgniserregend. Sie müssen um ihre eigene Sicherheit und die ihrer Familien in Afghanistan bangen, wenn sie sich hier in der demokratischen Gesellschaft für die Rechte von Frauen in Afghanistan einzusetzen und ihre Stimme erheben wollen. Sie sehen in der Anwesenheit von Taliban-Diplomaten in Deutschland einen Schlag gegen die demokratischen Werte des Landes. ■ Lida Ahmad/Internationale Frauengruppe LaRosa/kargah e.V.

Kontakt: la.rosa@kargah.de



Foto: RAWA.org

Spendenkonto des AKKZ:
Berliner Sparkasse/Landesbank Berlin
IBAN: DE 68100500000190149094
BIC: BELDENXXX
Verwendungszweck: Spende für Mädchen Schule Afghanistan (steuerlich absetzbar)

Wes Brot ich ess, des Lied ich sing?

Wenn es nach einigen politischen Kräften in Hannover ginge, lautete die Antwort wohl ja. Doch feministische Projekte haben die Aufgabe, nicht gefällig und gehorsam zu sein.

Die Haushaltsanträge 2024 in Hannover zeigten uns, dass nicht nur rechtsextreme Parteien gegen Emanzipation kämpfen und Erkämpftes zerstören.

Feministische Arbeit: hinsehen, benennen, einmischen

Feministische Projekte und Fachstellen haben eine gesellschaftliche Aufgabe:

Wir müssen strukturelle Probleme und ungerechte Verhältnisse sichtbar machen, sie skandalisieren, sie verändern. Wir kämpfen gegen patriarchale Strukturen, benennen Femizide, sprechen über Männergewalt und männerbündische Organisationen. Wir thematisieren institutionelle Diskriminierung und die verantwortlichen Stellen.

Investieren statt kaputtparen

Der Frauennotruf Hannover ist Teil der Kampagne »Investieren statt kaputtparen«, die sich gegen unsoziale Einsparungen bei freien Trägern in Hannover richtet. Zwar wurden Frauenberatungsstellen und Schutzeinrichtungen bisher nicht gekürzt. Doch zu glauben, die neuen politischen Konstellationen würden uns verschonen, wäre fahrlässig.

Die Haushaltsverhandlungen 2024 in Hannover markierten einen Wendepunkt: **Macht vor Gemeinwohl:** Die Zugeständnisse innerhalb der Deutschlandkoalition folgten nicht sachlichen Notwendigkeiten, sondern ideologischen Befindlichkeiten und Machtkalkül.

Entgleisungen im Umgang: Aktive wurden von Politiker*innen angeschrien und zum Gehorsam aufgefordert. Das ist kein



Foto: shutterstock

Eingang zum neuen Rathaus der Landeshauptstadt Hannover.

politischer Streit, das ist Machtmissbrauch.

Kürzungen im Alleingang: Männer der Mehrheitskoalition setzten Kürzungsanträge durch – gegen fachliche Empfehlungen der Verwaltung und entgegen den Positionen eigener Fachpolitiker*innen. Die Fraktionen ließen es zu.

Neutralität als Maulkorb: Parteien kritisierten den Ton der Proteste und maßregelten Verwaltungsbeschäftigte, die sich privat kritisch äußerten. Freie Träger sollten den Grünen-Sprech in der Öffentlichkeit unterlassen.

Aus Geschichte(n) lernen

Diese Versuche, Kritik zu disziplinieren, zeigen: Wenn demokratische Beteiligung unbequem wird, wird sie als unpassend gebrandmarkt und mit Macht leise gestellt.

Die Vorgänge im Rathaus verweisen auf ein Demokratiedefizit: Eine politische Kultur, in der Macht wichtiger ist als Menschen; in der Engagement verdächtig und Kritik unerwünscht ist; in der zivilgesellschaftlichen Projekte nur dann willkommen sind, wenn sie nicht stören. Aber unsere Arbeit ist nicht gefällig und darf es auch nicht sein.

Aus den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der vergangenen Jahre nehmen wir mit:

- Kein (vorauselender) Gehorsam bei politischen Machtspielen!
- Konsequente Solidarität, wenn durch Kürzungen und Streichungen versucht wird, zu vereinzeln!
- Keine*r wird zurückgelassen! Wir bleiben parteilich: für eine Gesellschaft ohne patriarchale Gewalt, ohne Diskriminierung, ohne Angst!

Frauennotruf Hannover



Kontakt:
www.frauennotruf-hannover.de
Kampagne auf Instagram:
@investieren.statt.kaputtparen

§218 StGB – ein Paragraph aus der Vergangenheit



Foto: Irm Wunderberg/FFBIZ

Demonstration gegen den §218 und für das Recht auf Abtreibung Ende der 70er Jahre in Essen.

Seit über 150 Jahren ist der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland strafbar und nur unter bestimmten Bedingungen straffrei möglich, geregelt durch §218 StGB. In der Vergangenheit haben viele Frauen heimlich Abbrüche durch »Engelmacherinnen« vornehmen lassen. Im Laufe der Jahre hatte sich die Annahme verbreitet, ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen könne deren Durchführung unterbinden. Strafrechtliche Regelungen verhindern Abbrüche nicht, sondern führen oft zu unsicheren, gesundheitlich riskanten Bedingungen. Laut WHO sind 45 Prozent der Abbrüche weltweit unsi-

cher, und rund 39.000 schwangere Personen sterben jährlich daran. Auch 2026 sind Abbrüche in vielen Ländern weiterhin verboten, während in einigen Regionen wie Ohio, Texas oder Polen die Gesetze verschärft werden. Diese Entwicklungen unterstreichen die Bedeutung sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung.

Vergangenheit, die bis heute wirkt
Auch in Deutschland ist die Situation rund um Schwangerschaftsabbrüche noch lange nicht ausreichend. In den Schwangerschaftskonfliktberatungen erleben wir in

der pro familia Beratungsstelle Hannover die konkreten Folgen und Auswirkungen des §218 StGB. Klient*innen berichten oft, wie schwierig es ist, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen, da er im Strafgesetzbuch geregelt ist. Es fällt ihnen schwer, eine geeignete Praxis zu finden, und sie haben oft keine Wahl bei der Methode. Die Kosten müssen selbst getragen werden, mit Ausnahme bestimmter Voraussetzungen für eine Kostenübernahme. Betroffene sind einem enormen Druck ausgesetzt, da viele Ärzt*innen z.B. aus Angst vor Repressionen, keine Abbrüche

anbieten oder nicht öffentlich erreichbar sind. Die pro familia Beratungsstelle fordert die bestmögliche Versorgung für Personen ein, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben. Dazu gehören sowohl umfassende Beratungsangebote als auch eine angemessene medizinische Betreuung.

Diese Aspekte zeigen, wie der § 218 StGB auch heute noch Auswirkungen hat.

Forderungen, die bestehen bleiben

Die Slogans aus den 70er- und 80er-Jahren sind nach wie vor von großer Bedeutung. Ein paar Beispiele hierfür sind: »Mein Bauch gehört mir«, »Weg mit § 218« und »Kinder ja – aber freiwillig.«

Die pro familia Beratungsstelle Hannover schließt sich den Forderungen des pro familia Bundesverbandes an. Seit Jahren wird die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch gefordert, um selbstbestimmte Entscheidungen ohne Pflichtberatung und ohne persönliche oder finanzielle Zwänge zu ermöglichen. Schwangerschaftsabbrüche sollen fester Bestandteil der gynäkologischen Ausbildung werden, ohne strafrechtliche Risiken für medizinisches Personal. Zudem muss die gesellschaftliche Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen abgebaut werden.

Jede Person hat das Recht, selbstbestimmt zu entscheiden:

MY BODY, MY CHOICE!

Gesa und Esther, pro familia Beratungsstelle Hannover
hannover@profamilia.de

Kontakt:

www.profamilia.de/hannover

Das Patriarchat in der Sozialen Arbeit enttarnen!



»Frauenrechte hatte ich nicht im Studium.« Mit Aussagen wie diesen fallen männliche Kollegen doch recht häufig auf – gelabelt als »nicht so gemeint« und eigentlich alles doch nur Spaß. Die »AG gegen Sozialmacker«, gegründet nach einem Fachtag des Frauennotrufs Hannover im September 2024, hat solche Aussagen gesammelt und mit FLINTA*-Kolleg*innen im sozialen Bereich in Hannover und der Region

gesprochen. Ziel einer darauffolgenden Plakat- und Stickeraktion war es, auf patriarchale Strukturen und Praxen in der Sozialen Arbeit aufmerksam zu machen – dort, wo sie oft am wenigsten vermutet werden und unter dem Deckmantel gut gemeinter Kollegialität oft unentdeckt bleiben

Patriarchat mit professionellem »Einer von den Guten«-Anstrich

Wir, die »AG gegen Sozialmacker«, verstehen Soziale Arbeit als emanzipatorische Profession. Doch wer genauer hinsieht, erkennt schnell: Besonders hier wirken patriarchale Machtverhältnisse und führen dazu, dass »Sozialmacker« es sich in Beratungsstellen, Jugendämtern, Hochschulen und Wohlfahrtsverbänden bequem machen, herrlich von patriarchalen Strukturen profitieren, während sie kumpelhaft mit FLINTA*-Kolleg*innen umgehen und ganz nebenbei ihre Positionen nutzen, um Macht auszuüben – subtil oder offen.

Ob in Form von Sexismus, Manipulation, akademischer Abwertung oder sexuel-

ler Belästigung: Die Strukturen, die solche Übergriffe ermöglichen, sind Teil eines Systems, das Ungleichheiten toleriert und reproduziert.

Von der Helferrolle zur Herrschaftsrolle

»Sozialmackertum« – so unser Arbeitstitel zur Mischung aus patriarchaler Selbstherrlichkeit und sozialarbeiterischem Habitus, mit der Männer in der Sozialen Arbeit auftreten, während sie zugleich das Image der Empathie pflegen. Dieses Verhalten untergräbt nicht nur Kollegialität und Gleichstellung, sondern gefährdet auch Klient*innen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Mal ganz abgesehen von männlichem Machtmissbrauch im Beratungs- und Therapiekontext.

Die Plakat- und Stickerkampagne hat diese Widersprüche sichtbar gemacht. Auf Plakaten und Stickern stehen Sätze wie:

»Du bist zu jung und zu hübsch für das Beratungsgespräch.«

»Ich mach den Gender-Scheiß nicht mit!«

»Beug Dich vor, ich möchte Dir den Arsch verhauen!«

Verstanden werden sollte die Aktion als Einladung zur Selbstreflexion und zur kollektiven Auseinandersetzung (unter Männern!).

Feministische Perspektiven für die Soziale Arbeit

Eine Profession, die gesellschaftlichen Wandel und soziale Gerechtigkeit ernst nimmt, kann nicht patriarchal organisiert sein. Die AG ruft alle Kolleg*innen, insbesondere aber männliche Sozialarbeiter, Studierende und Träger dazu auf, Machtverhältnisse und Machtmissbrauch offen zu benennen und Solidarität nicht nur zu predigen, sondern zu praktizieren. »Ermächtigung und Befreiung von Menschen« adressiert nicht nur die Nutzer*innen Sozialer Arbeit, sondern Alle. Sie umfasst die Beendigung jeder Unterdrückung.

Macht mal voran. Wir helfen gern dabei. ■

AG gegen Sozialmacker

Kontakt:
gegen-sozialmacker@posteo.de

Der 8-Stunden-Tag: Arbeitszeitgeschichten von Frauen

Wenn es um das Thema Frauen und Zeit geht, dann wird zu Recht hauptsächlich darauf hingewiesen, dass Frauen nach wie vor viel mehr unbezahlte Arbeit leisten als Männer. Unbezahlte Arbeit ist dabei die Arbeit, ohne die Lohnarbeit gar nicht funktionieren würde. Care-Arbeit ist ein Begriff, der häufig dafür verwendet wird. Früher hieß es Sorgearbeit. Dazu kommt seit ein paar Jahren auch die emotionale Arbeit und der Mental Load. Alle diese Arbeiten eint, dass sie nicht bezahlt werden, aber dazu dienen, den Alltag am Laufen zu halten, Familie und Freundschaften zu pflegen und Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Pro Woche arbeiten Frauen rund neun Stunden mehr unbezahlt als Männer, nämlich insgesamt 30 statt 21 Stunden. Die

unbezahlte Arbeit verdient auch entsprechend viel Aufmerksamkeit.

Gleichzeitig sind Frauen von jehrer bezahlter Arbeit nachgegangen, ob als Fabrikarbeiterin, Näherin oder Sekretärin. Sie waren damit auch stets Teil der gewerkschaftlichen Kämpfe um Arbeitszeit. Der 8-Stunden-Tag, wie wir ihn heute kennen und oftmals als gegeben betrachten, wurde über mehrere Jahre auch von Fabrikarbeiterinnen erstritten. Eine von ihnen war Anna Zammert, die ab 1918 in einem Bitterfelder Chemiewerk arbeitete und dem Fabrikarbeiterverband, einem Vorgänger der heutigen IGBCE, beitrat. 12 bis 16 Stunden Tage waren in der Zeit normal. Anna Zammert startete ihr politisches Leben im Fabrikarbeiterverband inmitten der finalen

Kämpfe um die Einführung des 8-Stunden-Tags. Denn am 15. November 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und mit Beginn der Novemberrevolution schlossen Gewerkschaften und Arbeitgeber das Stinnes-Legien-Abkommen, das den 8-Stunden-Tag einführte. Anna Zammert wurde 1927 die erste Frau im Vorstand einer Einzelgewerkschaft, dem Fabrikarbeiterverband und begleitete den Posten der ersten Frauensekretärin in Deutschland. Sie fuhr in die Fabriken und klärte die Frauen unter anderem über Rechte, wie den 8-Stunden-Tag, auf. Heute sind diverse Straßen und Tagungshäuser nach ihr benannt.

Die Errungenschaften von damals steht aktuell unter Druck und soll für vermeintlich besse-

re Vereinbarkeit von Familie und Beruf abgeschafft werden. Statt einer täglichen soll es nur noch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit geben. Für eine bessere Vereinbarkeit braucht es aber mehr Flexibilität bei den Arbeitgebern. Denn das aktuelle Arbeitszeitgesetz gibt schon her, dass man vier Tage lang zehn Stunden arbeitet und den fünften Tag frei hat. Das scheitert nur meist an dem Willen der Arbeitgeber und an fehlender Kinderbetreuung. Wer also die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Geschlechter tatsächlich erhöhen möchte, muss betrieblichen Gestaltungswillen zeigen, statt am Arbeitszeitgesetz drehen zu wollen. Es bleibt dabei: Hände weg vom Arbeitszeitgesetz! ■ Ute Neumann, DGB-Regionsgeschäftsführerin Niedersachsen-Mitte

Kontakt:
hannover@dgb.de
www.niedersachsen-mitte.dgb.de

Wissen macht Widerstand

Im gesellschaftlichen Diskurs über Sexarbeit werden Sexarbeiter*innen häufig als entmündigte Objekte dargestellt: als Menschen ohne Stimme, ohne politische Handlungsmacht, als Opfer patriarchaler Ausbeutung. Medien (re-)produzieren solche Bilder. Dass sie eine lange Geschichte von Widerstand, Solidarität und politischer Organisation haben, wird ignoriert. Ihre fortwährenden Kämpfe zeigen jedoch, wie sie kollektives Wissen entwickeln, Fürsorge schaffen und Rechte einfordern. Diese Kämpfe sind eng mit queeren Bewegungen verwoben.

Queere Schwarze Sexarbeiter*innen wie Marsha P. Johnson waren maßgeblich an den Stonewall-Aufständen 1969 beteiligt. Was damals als Protest gegen polizeiliche Willkür und staatliche Repression begann, markiert bis heute den zentralen Punkt der modernen queeren Bürgerrechtsbewegung. Wenn wir heute auf dem Christopher Street Day queere Vielfalt feiern, knüpfen wir an diesen Kampf für sexuelle Selbstbestimmung an und stehen gegen die Unterdrückung und Entmündigung von Sexarbeiterinnen ein.

Auch die Kirchenbesetzung in Lyon 1975 machte sichtbar: Sexarbeiter*innen organisieren sich gegen Polizeigewalt, Stigmatisierung und die staatliche Kontrolle ihrer Körper. Die daraus entstandene Hurenbewegung forderte europaweit bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und stellte klar: Sexarbeitende sind handelnde politische Subjekte, die Rech-

te einfordern – nicht gerettet werden müssen.

Seite an Seite mit queeren Communities schufen Sexarbeiter*innen während der AIDS-Krise Netzwerke der Fürsorge, Aufklärung und Gesundheit. In Bündnissen, Kongressen und NGOs kollektivierten sie Wissen zu Safer Sex, Arbeitsrechten und dem Umgang mit Behörden, kombinierten Erfahrung mit juristischer und medizinischer Expertise. Es ist bis heute Grundlage emanzipatorischer Gesundheitsarbeit.

Rechte und Konservative haben sich historisch immer gegen queeres Leben, sexuelle Selbstbestimmung und Sexarbeit gestellt. Angriffe auf emanzipatorische Errungenschaften nehmen an Intensität zu: Hetze gegen Gender- und Transrechte, Abtreibungsverbote, Debatten über restriktivere Sexarbeitsgesetze. Diese menschenverachtenden Positionen und Politiken folgten damals wie heute denselben Logik: patriarchale Kontrolle über Körper, Sexualität und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der bürgerlichen Norm. Wer Sexarbeit verbieten will, trifft auch queeres Leben, steht im Schulterschluss mit konservativer Logik und schwächt einen solidarischen Feminismus, den die zentrale Forderung nach Selbstbestimmung eint.

Aus Geschichte(n) lernen heißt, diese engen Geflechte zu sehen, Lebenswirklichkeiten, kollektives Wissen und politische Macht ernst zu nehmen, Widersprüche und Gleichzeitigkeiten auszuhalten,



Foto: Pixabay

für Solidarität statt Spaltung. Die Expertise von Sexarbeitenden und queeren Menschen gehört ins Zentrum feministischer

Debatten. Ihre Kämpfe sind ein wesentlicher Teil von Befreiungsbewegungen: Wissen macht Widerstand. ■ Phoenix e.V.

Kontakt:
Phoenix e.V.
Escherstraße 25
30159 Hannover
Telefon: 0511 898288-01

VERANSTALTUNGEN ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG 2026

DO., 26.2., 17.00–20:00 UHR

digital | Die Teilnahme ist kostenlos.

Who's counting?

Eine Schreibwerkstatt zwischen Finanzkonfetti, Pay Gap Poetry und Geldgeschichten

Zwischen ETFs der Emotionen und Stopp Loss Orders gegen Sexismus erfinden wir Mutterschutz-Anleihen und Dividendialoge, Carecoins und andere feministische Kryptowährungen. In einer kreativen Schreibwerkstatt machen wir uns auf die Suche nach feministischen Rechenfehlern und dem Versprechen von Equal Pay. Vorwissen ist nicht nötig, Neugier und Freude am kreativen Spiel genügt.

Leitung: Friederike Goedcke

www.formulare-e.de/f/frauen-und-geld

FR., 27.2., 13:15 UHR

Kröpcke, 30159 Hannover

equal pay day,- **Aktion zum Equal Pay Day 2026 – equal pay every day**

Auch 2026 gilt: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist noch immer keine Realität. Frauen verdienen im Durchschnitt

16% weniger pro Stunde als Männer. Der Equal Pay Day zeigt diese Lohnlücke symbolisch: Bis zu diesem Tag arbeiten Frauen statistisch gesehen unbezahlt, während Männer seit dem 1. Januar entloht werden.

Komm bei unserer Kundgebung vorbei und tausch dich aus bei Spiel, Talk und Poetry.

Veranstalter*innen: EPD-Bündnis in Hannover für Niedersachsen

FR., 27.2., 19:00 UHR

Passerelle, Hannover

»Frauen machen Druck«

Ausstellung in Kooperation mit der Kreativen Werkstatt Dresden zum Equal Pay Day.

In der Kulturstadt Chemnitz haben Frauen neue Geldscheine mit vergessenen Frauen als Motiv entworfen. Künstlerinnen aus Niedersachsen haben weitere Scheine mit Frauen aus der Region gestaltet. Bei der Vernissage werden Künstlerinnen aus Dresden und Niedersachsen anwesend sein.

www.evangelische-agentur.de/themen/oefentliche-verantwortung/generationen-geschlechter#Termine

www.formulare-e.de/f/frauen-und-geld

FR., 28.2.– SA., 7.3.

Laut werden, Haltung zeigen

Aktionswoche für FLINTA* rund um den feministischen Kampftag 2026

Veranstaltungsreihe in Kooperation mit der Stiftung Leben und Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen und dem Kulturbüro Südstadt e.V.

In Zusammenarbeit mit kurzvorabriß und Unter einem Dach.

Infos: www.kulturbuero-suedstadt.de/
[Instagram: kulturbuero_suedstadt](https://www.instagram.com/kulturbuero_suedstadt)

DI., 3.3., 18:00 UHR

Marktkirche Hannover | Kosten: 15,00 Euro

FrauenStimmen

Bei Fingerfood, Wasser und Wein geht es um Frauenstimmen, die sich zum Thema »Frauen und Geld« erheben.

Moderation: Annie Heger, Musik: Agnes Hapsari und Charlotte Joerges, mit einigen Kunstblüten aus der Ausstellung »Frauen machen Druck« und Frauen, die etwas zu sagen haben.

Veranstalter: Ev.-luth. Landeskirche Hannover

Infos: www.formulare-e.de/f/frauen-und-geld

MI., 4.3.– SO., 8.3.

Amtshof Burgwedel, Diakonisches Beratungszentrum, Seniorenbegegnungsstätte, Gemeindesaal St. Petri, 30938 Burgwedel

Kulturelle Frauentage Burgwedel 2026
Filmabend, Frauenfrühstück, Vortrag, Erzählkaffee, Ausstellung, Workshop, Wohnzimmerkirche

Veranstalter*innen: Stadt Burgwedel, Bücherei Gbw, Seniorenbegegnungsstätte SBS, Diakonisches Beratungszentrum Bw, Kirchengemeinde St. Petri

Koordinierung: Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Brgw.

Infos: www.burgwedel.de/kulturelle-frauentage

MI., 4.3., 18:00 UHR

Kulturverein Brelinger Mitte e.V. | barrierefrei
Marktstraße 1, 30900 Wedemark-Brelingen | kostenfrei

Ausstellung & Filmabend Unbeugsam gegen Sexismus

Vernissage: 18:00 Uhr, **Filmbeginn:** 19:30 Uhr

Die Ausstellung »Gemeinsam gegen Sexismus« zeigt auf, wie wir alle aktiv gegen Sexismus vorgehen können.

Ausstellung 4.–17.3. während der Öffnungszeiten der Brelinger Mitte e.V. **Der Dokumentarfilm »Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, ihr Schönen!«** porträtiert 15 starke Frauen aus der DDR, die in ihrem Alltag und Berufsleben gegen ein von Männern dominiertes System kämpften.

Veranstalter*innen: Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragten der Gemeinde Wedemark und Kulturverein Brelinger Mitte e.V. | www.Wedemark.de

FR., 6.3., 19:00 UHR

Stadtteilzentrum Ricklingen, 30459 Hannover

Kosten: 5,00 Euro, Abendkasse vor Ort | barrierefrei

Tanzrausch: after-work!

von Frauen* für Frauen*

Unter dem Motto »Du bist mutig: Gönn dir eine Auszeit vom Alltag und feiere mit uns! Dieser Abend ist speziell für alle FLINTA* Personen, die es lieben, das Leben zu feiern und dabei ganz sie selbst zu sein.

Veranstalter*in: STZ Ricklingen | www.fzh-ricklingen.de

FR., 6.3.– FR., 27.3.

Ihmekult, Ihmeplatz 7e, 30449 Hannover

Ausstellung: Göttinnen-Projekt

Vernissage Fr. 6.3., 19.00 Uhr | Öffnungszeiten der Kunstaustellung: Do./Fr./Sa., 16.00–19.00 Uhr

Sa., 7.3., 20:00–1:00 Uhr, Lass die Göttin raus: wir wollen tanzen!

Begleitprogramm unter: www.ihmekult.de

SA., 7.3., 18:00 UHR

Theater in der List, Spichernstr. 13, 30161 Hannover

Eintritt frei. Im Theater werden Spenden für den Förderverein des Frauenhauses Hannover – Frauen helfen Frauen e.V. gesammelt.

Ungestalten

Politik & Poesie mit Sunna Huygen

Kabarett für alle Geschlechter: Die Zeiten sind unsicher, der Spaß ist vorbei. Oder? Sunna nimmt ihr Publikum zum Lachen einfach mit in den hinter mancher Eiche Wald. Auch dort lauern patriarchales Unbehagen und undemokratische Umrücke. Trotzdem findet der Kabarettabend Wege durch das undurchdringliche Dickicht heutiger Identitätskrisen, gesellschaftlicher Ängste und fragiler Freiheitsbegriffe. Wer sind wir und wer löscht, wenn der Wald brennt? Ist es eine Untat, untätig zu bleiben?

Veranstalterin: Maren Kaminski, MdB, Die Linke

Anmeldung: maren.kaminski.wk@bundestag.de

Die Plätze werden in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen vergeben.

SO., 8.3., 13:00 UHR

Demo unter dem Motto

»Wir kämpfen bis wir frei sind«

Goseriedeplatz, 30159 Hannover

Aktuelle Infos unter: www.rauszeit-termine.org

Bitte kommt zahlreich, bleibt solidarisch und kämpferisch!

10.30 Uhr Politisches Frauenfrühstück

Verdi-Höfe, Goseriede 10, Eingang Odeonstraße

Zur Geschichte und Aktualität des §218

Vortrag von Kersten Artus, Hamburg

Anmeldung: anmeldung.hhw@verdi.de

SO., 8.3., 14:00–17:00 UHR

VHS Garbsen, Planetenring 35, 30823 Garbsen | kostenfrei

Stark, kreativ und verbunden

Wir laden Sie herzlich ein zu einer besonderen Veranstaltung, die Frauen in ihrer Stärke und Kreativität feiert. Erleben Sie einen Tag voller Inspiration, Austausch und Genuss!

— **Selbstverteidigung für Frauen** mit Dennis Schulz

— **Fotoausstellung – »Starke Frauen am Werk«** der Fotografin Laura Schepers

— **Kulinare Entdeckungsreise** – Fingerfood und Pilgerwege mit Gudrun Holz

Veranstalter*innen: AWO Frauenberatung Garbsen und Seelze, Mädchen- und Frauenzentrum Garbsen e.V.

Stadt Garbsen, VHS Hannover Land

Anmeldung: duda@vhs-hannover.land.de

SO., 8.3., 14:00 BIS 18:00 UHR

FAUST-Warenannahme

Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover

Internationales Frauen*fest LaRosa

Feministischer Tanztee mit Kaffee, Kuchen & Kultur.

Infos: www.kargah.de, Instagram: kargah_ev.

Veranstalter*in: LaRosa/Internationaler Frauen*fest/ kargah e.V.

Kontakt: la.rosa@kargah.de

SO., 8.3., 15:00–17:00 UHR

Wikipedia:Hannover, Andreaestr. 1, 30159 Hannover, 4. Etage (leider nicht barrierefrei)

Frauen erobern die Welt von Wikipedia

Mach mit!

Frauen aus dem Team von Wikipedia:Hannover erklären,

warum es wichtig ist, die weibliche Sicht und weibliche Themen in der Wikipedia stärker zu verankern, und zeigen,

wie das geht. Offen für alle interessierten Frauen*

Veranstalter*in: WikiFrauen*Hannover / Wikipedia:Hannover

Anmeldung: hannover@wikipedia.de

Gerne eigenen Laptop mitbringen

SO., 8.3., 19:00 UHR

Café Lohengrin, Sedanstraße 35, 30161 Hannover

Eintritt: 19,00 Euro, ermäßigt 15,00 Euro

Kleinkunstkessel der Beziehungswaisen zum Internationalen Frauentag

»Frauenpower auf der Bühne« Unterhaltsam – nicht nur

für Frauen! Lachen und singen Sie mit beim Kabarett, wenn

Rosa L., Feministin und Weltverbesserin aus Leidenschaft,

mit ihrer Freundin Ronja über die Geschlechterfrage sinnt,

so ganz nach dem Motto: »Wann ist 'ne Frau 'ne Frau?« Amüsieren Sie sich mit den Beziehungswaisen über

weitere satirische Szenen und Lieder rund um das Thema

Frau und Geschlechter. Ute Keppler zeigt sich mit Witz und

Humor gleich in zwei Rollen. Die Tänzerin Mariam präsentiert Trible-Fusion. Mit lustiger Tombola.

Kartenbestellungen empfehlenswert:

Telefon: 0511 759659 oder briefkasten@beziehungswaisen-hannover.de

www.beziehungswaisen-hannover.de/termine.html

SO., 8.3., 14:00 UHR

Begegnungsstätte Lehrte, Goethestr. 12, 31275 Lehrte

Die Veranstaltung mit Verpflegung ist kostenfrei.

Frauenkaffee mit Filmvorführung

25 Jahre SUANA – Beratungsstelle für Migrantinnen* bei Häuslicher Gewalt, Stalking und Zwangsheirat

Interview von Gabriele Kessemeier/LaRosa mit Sibylle Nass, Mitgründerin von SUANA



Foto: SUANA

Gabriele Kessemeier: Wie seid ihr auf die Idee gekommen, SUANA zu gründen?

Sibylle Nass – SUANA: Simin Nassiri und ich haben in den 90er Jahren im Flüchtlingsbüro von kargah e.V. die Beratung für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten gemacht. Das war hauptsächlich zu Fragen des Aufenthalts, der Integration, der Fluchtgeschichte und den Asylanträgen. Wir waren zwei Frauen in der Beratung, was den positiven Effekt hatte, dass sich Frauen in der Beratung aufgehoben gefühlt haben. Wir haben beide auch einen politischen und feministischen Hintergrund und es war und ist uns immer wichtig, die praktische Sozialarbeit auch mit politischer Arbeit in Netzwerken und Gremien, aber auch in Veranstaltungen und auf der Straße (8. März, 25. November) zu verknüpfen. Wir haben dann in den Beratungen festgestellt, dass viele der geflüchteten Frauen und Migrantinnen auch mit dem Problem der Gewalt in der Familie und in Partnerschaften zu tun haben. Es hat in der Zeit einige dramatische Fälle gegeben, die wir betreut haben, zu Gewalt in der Familie, insbesondere auch in den Partnerschaften, bis hin zu Morddrohungen. Wir haben die Frauen beraten und unterstützt und mit der bestehenden Rechtslage und versucht, sie auch mit den bestehenden Hilfesystemen und -strukturen vertraut zu

machen. Und da haben wir festgestellt, dass es keine Anlaufstellen gab, wo sie mit ihren komplexen Problemen gut beraten und unterstützt sind.

Wie seid ihr vorgegangen, wer hat euch unterstützt?

Es gab zu der Zeit das Hannoversche Interventionsprogramm gegen Gewalt in der Familie (HAIP). Da waren neben Beratungsstellen auch Frauenhäuser vertreten, die Polizei und kommunale Einrichtungen, die mit den Themenfeldern konfrontiert sind. Wir haben festgestellt, dass Migrantinnen im Vergleich zur hohen Opferzahl auch dort wenig Möglichkeiten hatten, adäquate Hilfen zu bekommen.

Nur die Frauenhäuser haben sich sehr mit der Situation von Migrantinnen und Geflüchteten auseinandersetzen müssen, da die Belegungszahlen durch Migrantinnen und geflüchtete Frauen ständig ansteigen, und erste Veränderungen in ihren Konzepten und Teamstrukturen vorgenommen. Die anderen Gewaltberatungsstellen und Hilfsangebote erreichten die Migrantinnen und geflüchteten Frauen jedoch kaum, da ihnen diese Unterstützungsangebote entweder nicht bekannt waren oder die Mitarbeiterinnen vor dem Hintergrund von sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten und den komplexen sozialen, auf-

enthalts- und asylrechtlichen Fragen überfordert waren.

In einer Arbeitsgruppe im HAIP, der AG Migrantinnen, waren wir auch als kargah e.V. involviert und haben gesagt, es braucht eine Anlaufstelle, die einen Vertrauensvorschuss genießt, weil sie aus einem migrantischen Kontext kommt, und es braucht Muttersprachenkompetenz, weil jede Frau, die von Gewalt betroffen ist, traumatisiert ist. Diese schweren Probleme, die im Raum stehen, die auch für hier beheimatete Frauen schwer zu bewältigen sind, in einer Fremdsprache zu benennen und zu bearbeiten, braucht einen geschützten und vertrauten Rahmen, der durch die gemeinsame Muttersprache und einen Vertrauensvorschuss durch Mitarbeiterinnen, die ebenfalls einen Migrationshintergrund haben, zumindest zu Beginn des Unterstützungsprozesses Berücksichtigung finden sollte. Auch, dass Migrantinnen in dem Moment, wo sie sich gegen diese Gewalt stellen wollen, evtl. sich trennen wollen, häufig ihr gesamtes soziales Umfeld verlieren und kaum soziale Anbindungen und Netzwerke jenseits der Herkunftsfamilie haben. Hinzu kommt, dass das deutsche Aufenthaltsrecht in vielen Fällen den Aufenthalt an die Ehe

koppelt und es damit den Frauen erschwert, wenn nicht verunmöglicht sich aus den Gewaltverhältnissen zu lösen. So war und ist es uns stets auch ein politisches Anliegen, auf die besondere rechtliche Situation Bezug zu nehmen und »Opferschutz für alle Frauen« und das »eigenständige Aufenthaltsrecht vom Tag der Einreise an« zu fordern.

Wir haben dann ein umfassendes Konzept entworfen, mit psychologischer, soziopalädagogischer, auch juristischer Kompetenz und auch Kinderbetreuung. Damit sind wir mit Unterstützung aus dem Frauenbüro der Stadt Hannover an die zuständigen Stellen in Stadt und Region und an die Politik gegangen. Wenn das Konzept auch in seiner vollständigen Form nicht umgesetzt werden konnte, gelang es doch, den ersten Schritt Anfang 2000 mit einer kommunalen Förderung zu machen und Simin Nassiri als hauptamtliche Mitarbeiterin einzustellen.

Ich finde es großartig, dass ihr aus der Erfahrung im Flüchtlingsbüro euer Anliegen an das Netzwerk HAIP herangetragen habt und es euch gelungen ist, daraus eine Beratungsstelle aufzubauen, die seit 25 Jahren und heute mit einem Team von Mitarbeiterinnen Hilfe anbietet in 15 Sprachen! ■

Kontakt:
la.rosa@kargah.de
suana@kargah.de

Klassistische Vorurteile und ihre Wirkung auf Frauen

Während frauenfeindliche oder rassistische Äußerungen zunehmend auf öffentliche Kritik stoßen, bleiben klassistische Vorurteile weitgehend gesellschaftlich akzeptiert. Wer Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft, ihres Berufs oder Bildungsniveaus abwertet, stößt selten auf Widerspruch. »Ungebildet«, »einfach gestrickt«, »asozial« – solche Begriffe sind fast salonfähig, selbst in Kreisen, die sich für aufgeklärt und tolerant halten.

Ein großer Teil der Frauen ist davon doppelt betroffen. Wenn sie aus einem

sogenannten bildungsfernen Milieu kommen und in prekären Verhältnissen leben, weil sie z.B. schlecht bezahlter und gesellschaftlich nicht wertgeschätzter Arbeit nachkommen müssen, oft zudem als Alleinerziehende für ihre Kinder umfänglich verantwortlich sind, stehen die Frauen an der Schnittstelle zweier Diskriminierungssachsen: Sie erfahren Sexismus, weil sie Frauen sind, und Klassismus, weil sie nicht zur »gebildeten Mitte« gehören. Ihr Lebensstil, ihre Spra-

che oder ihr Auftreten werden schnell zum Gegenstand einer auch ohne Worte demonstrierten Herablassung. Die wirkt – soziale Aufstiegschancen bleiben den Frauen oft versperrt.

Diese Dynamik verschärft sich in einer Zeit, in der die soziale Schere weiter aus einandergeht. Viele Angehörige der Mittelschicht spüren eigenen Abstiegsdruck und grenzen sich umso stärker nach unten ab. Klassistische Distanzierungen – offen oder subtil – dienen dann als soziale Selbstver-

gewisserung: Man definiert sich durch das, was man nicht ist.

Gerade zum Internationalen Frauentag sollten wir deshalb nicht nur über Geschlechtergerechtigkeit sprechen, sondern auch über soziale Gerechtigkeit. Denn eine Gesellschaft, die Frauen wirklich gleichstellen will, muss auch anerkennen, dass Gleichstellung nicht dort endet, wo die Mitte sich nach unten abgrenzt – und dass Bildungsgrad und Ausbildung nicht Voraussetzung für Emanzipation sind. ■ Nicole Hendrych

Kontakt:
TeamGleichstellung@laatzen.de

Die älteste Frauen-Friedensorganisation der Welt

Interview (2025) mit der Women's International League for Peace and Freedom – Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF/IFFF)



Quelle: IFFF Deutschland

Auf der Spurensuche nach ganzheitlichen feministischen Kräften, welche uns durch ihre lange Organisationserfahrung die Schlüsse aus vergangenen Kämpfen nahe bringen, sowohl lokal als auch international, stößt man schnell auf die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit. Wie in vielen anderen Städten schlossen sich in Hannover, 1946 das erste Mal offiziell, überwiegend Frauen, die nicht parteilich gebunden waren, mit der Absicht zusammen, wirkmächtig für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzutreten. In Hannover scheuten sie sich nicht, dafür auch eng mit Organisationen der sowjetischen besetzten Zone zusammen zu arbeiten. In der Folge mussten sie sich immer stärker gegen

den Vorwurf zur Wehr setzen, kommunistisch unterwandert zu sein. Parteien untersagten ihren weiblichen Mitgliedern nachdrücklich, in der IFFF mitzuarbeiten.

Gemäß dem Motto unseres Projektes, »Geschichte kennen, um das Heute zu verstehen & das Morgen zu verändern«, haben wir uns mit der deutschen Sektion der Liga in Verbindung gesetzt und konnten glücklicherweise ein ausführliches Interview mit Angehörigen der Liga durchführen. Hier können wir nur ein paar wenige Auszüge teilen:

»Was uns als Frauen-Friedens-Organisation, die in über 40 Ländersektionen aktiv ist, besonders macht, ist, dass wir die Themen Frieden und Feminismus ganzheitlich, global zusammen denken. Was ziem-

lich weit über die Abwesenheit von Waffen hinaus geht. Feministischer Frieden ist für uns die Überwindung von allen Formen von Gewalt und Unterdrückung – also privater, struktureller, staatlicher, aber eben auch Kriegsgewalt und Sexualisierte Gewalt als Gender-basierte Kriegsgewalt.

Was wir heute natürlich für uns mitnehmen ist, dass unser Feminismus intersektional ist, dass wir nicht frei sind, solange nicht alle Personen, die von Unterdrückung betroffen sind, auch frei sind. Das sind vielmehr permanente und kollektive Kämpfe, die wir brauchen, die sich eben über Jahrhunderte hinweg, aber eben auch über Kontinente hinweg ziehen, um patriarchale Strukturen zu dekonstruieren. Wenn wir diese Art von

Kämpfen in ›Damals und Heute‹ oder in ›globalen Süden‹ und ›globalen Norden‹ trennen, dann übernehmen wir das Denken vom liberalen und weißen Feminismus, der versucht, so einen Fortschritt linear zu zeichnen und im Grunde ja eigentlich nur so die Perspektive von privilegierten Frauen sichtbar macht. Diese Narrative setzen dann auf die Integration ins bestehende System.« [...]

»Die IFFF wurde 1933 von den Nationalsozialisten aufgelöst. Es gab viele Mitglieder, die emigrieren mussten, in den Untergrund gegangen sind, verfolgt wurden und auch verhaftet wurden. Doch das führte nicht zum Aussterben dieser wichtigen Netzwerke. 1946 hat sich die IFFF großflächig wieder aufgebaut, dieses Jahr haben wir das 110-jährige Jubiläum und es ist 80 Jahre nach Kriegsende. Ich glaube, dieser historische Aspekt gibt uns auch heute in unseren Kämpfen viel Kraft. Es ist ein tolles Gefühl, auf den Schultern unserer Vorgängerinnen zu stehen und zu sagen,

»

Es sind nicht unsere Unterschiede, die uns trennen, es ist unsere Unfähigkeit diese Unterschiede anzuerkennen, zu akzeptieren und zu feiern.. «

Audre Lorde

die haben sich vor vielen Jahren auch schon so laut für den feministischen Frieden eingesetzt. Die Zeiten haben sich verändert, aber ich glaube, dass die historische Bedeutung sowohl einen mahnenden als auch einen mutmachenden Charakter hat, die uns heute ganz besonders in unserer Arbeit bestärkt und erinnert: Macht es mutig weiter!« ■

Feministisches Forschungsprojekt

Feministisches Kollektivforschungsprojekt in Linden

Geschichte ist für viele Menschen etwas sehr Abstraktes, weil es mit den meisten ihrer Lebensrealitäten wenig zu tun hat. Ihre Geschichte wurde nicht erzählt. Erzählt wird die Geschichte der Herrschenden.

Ein Projekt, das alle Frauen* einlädt, sich kollektiv mit der Lokalgeschichte des hannoverschen Stadtteils Linden (ehemals unabhängige Stadt) auseinanderzusetzen, soll das verändern. Es soll Geschichte nahbar machen. Und das nicht mit langen Texten, sondern durch einen kreativen Ausdruck, z.B. audio-visuell mit Film und Bildern. Geschichten von Frauen* stehen dabei im Vordergrund. »Wir holen uns gestohlenes Wissen zurück, schreiben Geschichte aus Sicht der ‚Verlierer*innen‘ und stellen dabei Verbindungen zu den brennenden Fragen im Heute her!«, sagte sich die kleine Gruppe, als sie auf die gemeinsame Spurensuche ging. Im Oktober 2024 startete sie mit dieser gemeinsamen Kritik an der geläufigen Geschichtsschreibung.

Wenn wir anfangen, die Geschichte der Gesellschaft, der Unterdrückung und des Widerstands zu erforschen, erkennen wir auch, dass Unterdrückung einen Anfang hatte und auch ein Ende haben kann. Und sie zeigt uns die Kraft der vielen widerständigen Menschen vor unserer Zeit, die dadurch auch bei uns entflammte. Widerstand gab es schon immer und überall, und er war auch immer von Werten getragen, an die wir anknüpfen und dem Widerstand so Kontinuität geben können. Dafür müssen wir die Geschichte, die nicht erzählt wurde, ausgraben und sichtbar machen.



Also entwickelte die Forschungsgruppe einen Plan. Der Ort der Treffen war völlig klar. Nirgends sonst ist der Geist des »Roten Lindens« und die Geschichte dieses Arbeiterstadtteils so greifbar wie in der Egon Kuhn Geschichtswerkstatt im Freizeithaus Linden. Die Banner der großen Arbeiterchöre begrüßen die Besuchenden und lassen sie eintauchen in die Welt der Arbeiterkultur. Zahllose Fotografien, Interviews und Originaldokumente vermitteln ein lebendiges Bild der proletarischen Lebensbedingungen und ehren die Helden

des Widerstands gegen das nationalsozialistische Terrorregime.

Aber auch in diesem Archiv ist die Geschichte von Frauen* bisher wenig herausgearbeitet. Welche Frauen*chöre gab es in Linden? Welchen Widerstand leisteten Lindens Frauen*? Und was waren die speziellen Situationen der Unterdrückung für die Frauen* hier? Ausgehend von einer Persönlichkeit, einem Ereignis oder Straßennamen geht die Gruppe auf die Spurensuche und erstellt einen Stadtteilrundgang, »Lila Faden« soll er heißen, als Pendant zu

Hannovers rotem Faden, der an Sehenswürdigkeiten der Stadt vorbeiführt. Der »lila Faden« wird die ungeschriebene Geschichte über Lindens Frauen* durch Schautafeln und Hörstationen erzählen.

Ihr dürft euch also auf was freuen! Spätestens beim 40-jährigen Jubiläum der Geschichtswerkstatt 2027 werdet ihr mehr von unserem Erarbeiteten erfahren. Meldet euch auch gerne bei uns, wenn ihr mitmachen wollt: feministisches.forschungsprojekt@geschichtswerkstatt-linden.de ■

Feministisches Forschungsprojekt

Kontakt:
feministisches.forschungsprojekt@geschichtswerkstatt-linden.de

Das ausführliche Interview
können wir Interessierten
zukommen lassen, wenn sie
uns kontaktieren.

Kontakt:
feministisches.forschungsprojekt@geschichtswerkstatt-linden.de

Runter mit der Rüstung – mehr Geld für Soziales!

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Bundeskanzler Merz äußerte: »Wir können uns diesen Sozialstaat nicht mehr leisten!«

Die CDU-SPD-Bundesregierung bereitet mit Unterstützung der Grünen und der AFD den Angriff auf die Normalbevölkerung vor, der besonders uns Frauen betrifft: Frauen beziehen immer noch schlechtere Löhne – daraus und aus Zeiten der Kindererziehung resultieren schlechtere Renten. Viele arbeiten in Berufen im Bereich Gesundheit und Pflege, sind also auch von den »Einsparungen« dort betroffen. Als Alleinerziehende sind sie oft auf das jetzt in Grundsicherung umbenannte Bürgergeld angewiesen.

Aber warum können »Wir« uns den Sozialstaat nicht mehr leisten?

Wir müssen »sparen«, weil die Bundesregierung sich verpflichtet hat, in Zukunft 5 Prozent unseres Brutto-Inlandsprodukts (BIP), also die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen, fürs Militär auszugeben. 5 Prozent – das klingt so bescheiden, aber bei einem BIP im Jahr 2024 von etwa 4,33 Billionen Euro entsprechen diese 5 Prozent 216 Milliarden Euro – bei dem Bundeshaushalt 2025 von ca. 502 Milliarden Euro sind dies mehr als 40 Prozent, also fast die Hälfte aller Ausgaben.

Da bleibt wenig übrig für das, was uns Bürger*innen nützt:

Deshalb passiert das:

- Die Bundesregierung kürzt das Bürgergeld und setzt die BezieherInnen stärkerem Druck aus.
- Die Bundesregierung, unterstützt von Vertretern »der Wirtschaft«, kürzt bei den Krankenkassen gesetzliche Leistungen wie die Pflegestufe 1 und empfiehlt ihnen, die Zusatzbeiträge zu erhöhen.
- In der öffentlichen Diskussion wird die Renten-Höhe und das Eintrittsalter infrage gestellt - das wird vor allem die heute Jungen betreffen!
- Für Länder und Kommunen wird weniger Geld da sein, deshalb können sie ihren Verpflichtungen für Schulen, Krankenhäuser und die ganze Daseinsvorsorge nicht nachkommen – und erst recht nicht den »freiwilligen Aufgaben« für Kultur und Zusammenleben, dazu gehören auch die Frauenhäuser.



Foto: Pixabay

Und um das alles zu begründen, wird in der Öffentlichkeit von einem bevorstehenden Angriff Russlands gesprochen – es sei nur die Frage, ob schon 2027 oder erst 2029. Unsinn! Erfahrene Militärs wie Harald Kujat, Wolfgang Richter oder Erich Vad sind sich einig: Russland hat genug Mühe gehabt mit der Ukraine, die Militärausgaben der NATO liegen allein in Europa weit über denen Russlands, was sogar NATO-Generalsekretär Rutte jüngst bestätigte.

Mit solchen Spekulationen wird der Krieg herbeigeredet, anstatt ihn durch Verhandlungen, durch Anerkennung der gleichen Sicherheit für Alle zu verhindern.

Gesunder Menschenverstand lässt uns

sagen: Nein, meine Söhne geb' ich nicht! – und meine Töchter, Enkelkinder auch nicht. Lasst uns für den Frieden kämpfen! Für ihre Zukunft!

Und dann denken einige:

... wenigstens sichert diese Aufrüstung Arbeitsplätze.
Panzer statt Eisenbahnwaggons? Drohnen statt Windräder?
Mit Rüstung sind Riesenprofite sicher – ja, für wen? Das ist zu lesen an der Entwicklung der Rheinmetall-Aktien!
Was haben wir als Bürger*innen davon?
Das meiste Geld geht sowieso in die USA, dort fördern wir die Wirtschaft.

Jeder Euro für zivile Aufgaben bewirkt 3,5 Euro weiteren Nutzen, derselbe Euro für Rüstung nur 0,5 Euro. Denn Rüstungsgüter sind teurer Schrott, solange sie nicht benutzt werden, und das wollen wir nicht. ■

Agnes Hasenjäger, Friedensbüro Hannover

Infos und Termine:
www.frieden-hannover.de

»**Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«**

Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Frauen in Schwarz



»Ich will ein Zeichen setzen und meiner Ohnmacht etwas entgegensetzen«, sagt Marieluise auf die Frage, warum sie am 1. Donnerstag jeden Monats um 17.00 Uhr mit einem Transparent in der Innenstadt Hannovers steht. »Ich stehe hier seit 36 Jahren einmal im Monat«, sagt die 82-jährige, »weil Krieg, Gewalt und

Vergewaltigung als Kriegswaffe bis heute nicht aufgehört hat und wir deshalb nicht zur Tagesordnung übergehen dürfen. Und es ist gut zu wissen, dass auch in Argentinien, Kolumbien, Belgrad und anderswo Frauen in Schwarz für Frieden stehen und Gerechtigkeit anmahnen.«

Weltweite Bewegung

Marieluise gehört zu der weltweiten internationalen FrauenFriedensBewegung Frauen in Schwarz, die ihren Anfang in Jerusalem genommen hat. 20 Jahre nachdem Israel im sog. Sechstagekrieg 1967 die Westbank, Gaza und Ostjerusalem besetzte, brach 1987 die 1. Intifada aus – der erste palästinensische Aufstand. Einen Monat später versammelten sich einige israelische Frauen an öffentlichen Plätzen in Jerusalem, schwarz gekleidet, mit Schildern in Form schwarzer Hände und weißer Aufschrift »Stop the occupation« in hebräischer und arabischer Sprache. Sie standen jede Woche zur selben Zeit am selben Ort, schweigend, um gegen Gewalt und gegen das Unrecht der Besetzung zu protestieren, das dem palästinensischen Volk angetan wurde und wird.

Inzwischen gibt es Mahnwachen der Women in Black in ca. 30 Ländern, die ihre eigenen Schwerpunkte setzen. In Hannover versammeln sich Frauen in Schwarz seit über 30 Jahren am Blätterbrunnen in der Innen-

stadt. Sie demonstrieren gemeinsam trotz ihrer Unterschiede in Weltanschauung, Glauben und politischer Überzeugungen - schweigend, in schwarzer Kleidung und mit Transparent und Infoflyern. Mittlerweile sind sie weniger geworden und die meisten alt. Sie wünschen sich Jüngere an ihrer Seite - aber ihr Protest ist immer noch sichtbar.

Widerstand und Solidarität

Es geht den Frauen in Hannover um Widerspruch und Widerstand, um Solidarität mit Mädchen und Frauen weltweit, denn Gewalt an Mädchen und Frauen ist überall Alltag. »Wir fordern eine Welt, wo Friedensfähigkeit höher geschätzt wird als Kriegstüchtigkeit. Wir fordern eine Welt, in der es gleiche Rechte für Frauen wie Männer gibt und Vergewaltigung konsequent bestraft wird.« So heißt es in dem vielsprachigen Flyer, den die Frauen an Passant*innen verteilen – jeden 1. Donnerstag im Monat am Blätterbrunnen in Hannovers Innenstadt um 17:00 Uhr. ■

Waltraud Kämper

Textile Kunst für mehr Gerechtigkeit in der Modebranche



Mehr Infos:
www.museum-fuer-textile-kunst.de
www.saubere-kleidung.de
www.tragbarer-lebensstil.de
www.ked-niedersachsen.de/

3WF Hannover – Forum
für eine andere Welt e.V.

Kontakt:
Kirchlicher
Entwicklungsdiest
www.ked-niedersachsen.de

Das Fazit vorweg: Ein Besuch im Museum für Textile Kunst Hannover ist unbedingt zu empfehlen. Handgefertigte Mode aus unterschiedlichen Regionen und Epochen inspiriert hier nicht nur zu Gedanken an den schönen Schein der Kleidung, sondern auch an die Prozesse ihrer Entstehung.

Anlässlich der Ausstellung »Scherenschnitt« haben KEDund 3WF Hannover e.V. langjährige Aktivistinnen der Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign (CCC) Deutschland) wie Dr. Bettina Musiolek von der europäischen CCC-Koalition, Gertraud Gauer-Süß vom Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) und Christine Höbermann von der Regionalgruppe Hannover zur Diskussion mit rund 20 interessierten Gästen eingeladen.

Zunächst standen die Herausforderungen für die internationale CCC seit den 1980er Jahren im Mittelpunkt. Die Expertinnen haben das Publikum an den Anfängen ihres Engagements teilhaben lassen,

wie die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking oder die Solidarität mit Gewerkschafterinnen in südkoreanischen ADLER Fabriken. Deregulierungen auf dem Weltmarkt befeuerten den Aufbau der Billigmodproduktion, z.B. in Bangladesch, bei dem nicht nur angemessene Löhne, sondern auch minimale Standards des Arbeits- und Gesundheitsschutzes auf der Stecke blieben. Trauriger Beweis für die fatalen Folgen solcher Profitgier ist der Einsturz des Rana Plaza Gebäudes, bei dem am 23. April 2013 über 1100 Menschen getötet und über 2000 verletzt wurden, meist Textilarbeiter:innen.

Schon vorher hatte sich über kreative Protestformen an vielen Orten der textilen Lieferkette ein Bündnis engagierter Arbeitsrechtsaktivist:innen gebildet. Dr. Musiolek erläuterte, wie der Corona Lockdown schwere Rückschritte im Kampf um Lohngerechtigkeit begünstigte und Erfolge der langjährigen Kampagnenarbeit zurückwarf. Konzerne bezahlten Lieferungen

nicht, Fabriken mussten schließen und zehntausende Arbeiter:innen waren ohne soziales Netz im Zwangslaub. In solchen Krisen hat ihr besonders der internationale Zusammenhalt geholfen: das Bewusstsein, schon lange Jahre engagierte Menschen an der Seite zu haben. Auf die Frage, was jede einzelne Person tun könne, um in der Kleidungsproduktion mehr Gerechtigkeit zu erreichen, hoben die Aktivistinnen den Einsatz im Alltag hervor. Veränderungen kämen aus ihrer Sicht zwar auch durch Spenden für die Kampagne für Saubere Kleidung oder bewussteres Shopping in Gang, aber Wahlentscheidungen, die menschenrechtskonforme Lieferketten und existenzsichernde Löhne unterstützen, wären noch wirksamer. Insgesamt waren sich die Teilnehmenden einig, dass weniger Konsum letztlich »mehr« ist. Für einen auch modisch tragbaren Lebensstil stellt politisches Engagement ein unverzichtbares »Accessoire« dar. ■

Christina Peters/Christine Höbermann



Foto: Christina Peters

Annabee – ein Ort der Geschichten



Foto: Privat

Im Herzen von Linden, in der Stephanusstraße 12–14, liegt der Buchladen Annabee – ein Ort, dessen Geschichte ebenso wichtig ist wie seine Bücher. Wer die Tür öffnet, betritt einen Raum, der nach Papier, Möglichkeiten und Jahrzehntelangem Engagement riecht. Die Regale

sind sorgfältig kuratiert, frei von Konzernlogiken und Bestsellerlisten. Statt dessen begegnet man hier Stimmen, die politische und gesellschaftliche Entwicklungen spiegeln: Virginie Despentes Wut, Mithu Sanyals Analysen, Emilia Roigs Machtkritik, Ocean Vuongs Zärtlichkeit, Torrey Peters Geschichten über trans Leben oder Liv Strömquists feministische Zeichnungen.

Die thematischen Schwerpunkte – Politik, Nationalsozialismus, Feminismus, kritische Kinderbücher, queere Literatur, linke Theorie – spiegeln eine Haltung wider, die den Laden seit seiner Gründung prägt. Annabee ist kein Ort für schnelles Konsumieren, sondern ein Raum zum Verweilen und Nachdenken, ein Ort, der selbst historische Bedeutung trägt. Die Wurzeln reichen zurück in den Oktober 1976, ins Frauenzentrum in der Wittekindstraße. Dort entstand aus Mangel an feministischer Literatur die Idee, selbst aktiv zu werden. Vierzehn Studentinnen beschlossen, ohne buch-

händlerische Ausbildung, aber mit politischer Vision, einen Frauenbuchladen zu gründen. Bücher sollten empowern, Realität sichtbar machen und einen sicheren Raum schaffen. 1978 folgte der Umzug in die Gerberstraße, 1988 die Erweiterung zum linken Buchladen mit weiterhin starkem Fokus auf Frauenliteratur. 2005 fand Annabee schließlich seinen heutigen Standort in der Stephanusstraße, in unmittelbarer Nähe zum Jina-Mahsa-Amini-Platz.

Männer sind heute ebenso willkommen, doch die Struktur bleibt: ein Frauenkollektiv, das seine Entscheidungen gemeinsam trifft. Seit 1977 arbeitet Annabee konsensorientiert, langsam, aber bewusst. Jede Neuerscheinung wird im Kollektiv abgestimmt – entscheidend ist nicht der mögliche Umsatz, sondern die Frage, ob ein Titel das Sortiment inhaltlich bereichert. Zwischen den Regalen spiegelt sich diese Haltung wider. Kund*innen entdecken Bücher, die historische Zusammenhänge sichtbar machen:

über Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus, politische Bewegungen und Gesellschaftsanalyse. Theorie und Literatur stehen nebeneinander und eröffnen Wege, die Welt differenzierter zu betrachten. Beratung bedeutet hier nicht Verkauf, sondern Wissensteilung.

Während viele feministische Buchläden der 1970er und -80er Jahre verschwanden, überlebte Annabee – trotz hoher Mieten, online dominierter Märkte und gesellschaftlicher Rückschläge. Möglich wurde das durch das Durchhaltevermögen des Kollektivs, die Unterstützung im Stadtteil Linden und eine treue Leserschaft, die seit Jahrzehnten zurückkehrt. Heute ist Annabee ein politischer Ort, ohne laut zu sein. Ein lebendiges Archiv feministischer Praxis, ein Treffpunkt für queere Projekte, Lesungen und Initiativen, ein Raum, der sich mit jeder Diskussion und jedem neuen Buch verändert. Ein Ort, getragen von Generationen von Frauen, die überzeugt sind: Feminismus ist keine Theorie. Feminismus ist Praxis. ■

Der Krieg und das Kind

Es gab Erde und Eisen
und
irgendein Kind
mit zuckenden Lippen
überrascht!

Es tropfte Blut von Olivenbäumen
und die Männer
mit Feuerrohren
verbrannten die Olivenbäume
überall

»Dort war die Menschheit gestorben«

Es gab Rauch, Staub und Asche
Tanz des Feuers und der Flamme
die Schreie der Explosion
und die ewigen Toten
im herrlichen Land des toten Gedankens
melancholischen Gedanken
von beiden Seiten

Und das Kind
mit fragenden Augen
fliegt pfeifend mit einem Feuerball
wie die Rache in die Luft

23.11.2023
Bombardierung Gaza

جنگ و کودک

خاک و بود و آهن
و کودکی لب و رچیده
حیران و بعض آسود
از زیتون خون می چکید
جای روغن
و مردانی با لوله های آتشین
زیتون را سوزانندن
آن جا انسانیت مرده بود
دود بود و غبار و خاکستر
رقص آتش و فریاد انفجار
و مردگان ابدی می جنگیدند
با هم
در سرزمین شکوه افکار مرده
افکار مالیخولیایی و امانده
از هر دو سوی
و کودک با چشمان پرسشگر
با سوت یک گلوله ی آتش
پرواز می کند
چون دود در هوا

3 نوامبر 2023 / 12 آبان 1401

■ Farkhonde Taghadossi

Der Verlust, der nicht gezählt wird

Kulturelles Erbe und künstlerischer Widerstand in Palästina

Wusstest du, dass jedes Dorf in Palästina eigene Stoffmuster und Stickereien hat, die die Geschichten seiner Bewohner*innen erzählen? Traditionelle Trachten, Lieder und Erzählungen werden über Generationen weitergegeben – als Ausdruck kollektiver Zugehörigkeit und Geschichte. Sie helfen dabei, Identität zu formen und weiterzutragen, selbst unter den Bedingungen von Besatzung und alltäglichem Überlebenskampf.

Kultur braucht Menschen, Orte und Rituale, in denen sie gelebt wird. Nur so kann sie als lebendig und tragend erfahren werden.

Gaza war vor 2023 nicht nur eine dicht besiedelte notleidende Region, sondern auch ein Zentrum vielfältiger palästinensischer Kultur. Die Bühnen der Stadt waren gut besucht, und in den Flüchtlingslagern hatte sich eine lebendige Tradition des Geschichtenerzählens entwickelt. Auch wenn im Westen kaum Notiz davon genommen wurde, gab es viele professionelle palästinensische Künstler*innen wie die Schriftstellerin Adania Shibli, die Malerin Menna Hamouda oder den Autor Atef Abu Saif.

Die Zerstörungen und Vertreibungen in Gaza und zunehmend auch in der Westbank haben nicht nur Tausende Menschenleben und Wohnraum gekostet. Zerstört wurden auch Dorfgemeinschaften und Wissensorte: Schulen, Universitäten, Museen, Bibliotheken, Moscheen, Kirchen und Cafés. Mit ihnen geht kulturelles Wissen verloren – ebenso wie identitätsstiftende Quellen. Intergenerationale Erzählungen werden überschrieben von Zerstörung und Tod.

»Das [Geschichtenerzählen] half, die Erinnerungen an die verlorene Heimat lebendig zu halten und an die junge Generation weiterzugeben. [...] Die Schriftsteller, die gestorben sind, die Schauspielerinnen, die getötet wurden – der Verlust kann nicht kompensiert werden. Ein Teil unseres Geistes ist gebrochen worden.« (Atef Abu Saif, SRF-Interview, 20.3.2025)

Vom Krieg gezeichnet

Trotz des Völkermords versuchen Künstler*innen in Gaza, ihr Schaffen fortzusetzen. Durch Erzählen, Schreiben, Malen und Fotografieren widersetzen sie sich Vertreibung, Bombardierung und Hunger. Kunst kann selbst in den dunkelsten Zeiten ein Gefühl von Handlungsfähigkeit und Würde zurückgeben – und eine klare Botschaft in die Welt senden: Wir geben nicht auf!

Menna Hamouda, 21 Jahre alt, hatte vor den anhaltenden Bombardements ein kleines Studio im Norden Gazas, in dem sie malte und anderen das Zeichnen beibrachte. Seit Herbst 2023 ist dieses Leben vorbei. Mehrmals musste sie alles zurücklassen und fliehen.

»Jedes Mal, wenn ich geflohen bin, ist ein weiterer Teil von mir gestorben. Ich bin Künstlerin und versuche zu beschreiben, was in mir vorgeht, all diese negative Energie in Bilder zu fassen [...] Die Kreide ist eigentlich für Schultafeln gedacht und nicht für Hauswände. Aber in Gaza muss die Künstlerin mit dem vorliebennehmen, was sie findet.« (TAZ, 13.3.2024)

Heute bemalt sie Hauswände und Trümmer mit Bildern des Erlebten: verzweifelte, leblose, fassungslose Gesichter. Ihre Träume von internationalen Ausstellungen wurden überschrieben von Horrorgeschichten.

Und doch bleibt die Hoffnung, eines Tages noch mehr Bilder von ihr und anderen Künstler*innen zu sehen. Denn die Kraftquelle Kunst ist nicht versiegt. Trotz allem. ■ Waltraud Kämper

Kontakt:
wakamp@gmx.de

Diese Zeitung wird finanziert von:



BÜNDNISPARTNER*INNEN

 AWO Region Hannover e.V.
 DGB-Region Niedersachsen-Mitte
 Evangelische FRAUEN*
 FMGZ FRAUEN UND MÄDCHEN GESELLSCHAFTSZENTRUM HANNOVER
 frauenzentrum lautzen donna beratungsstelle
 GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Landeshauptstadt Hannover
 Strada
 Region Hannover
 ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NIEDERLÄNDISCHE FRIEDENSSTUDIEN
 Bezirk Hannover-Heide-Weser ver.di

IMPRESSUM

Für die einzelnen Artikel zeichnen die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.
Herausgeberin: Hannoverschen Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag
V.i.S.d.P.: Sabine Wegmann, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, Deisterstraße 9, 30449 Hannover sabine.wegmann@rls-nds.de
Redaktion: Gabriele Kessemeier, Jutta Meyer-Siebert, Sabine Wegmann
Satz und Layout: Anette Gilke
Druck: Umweltdruckhaus, Hannover www.umweltdruckhaus.de Die Zeitung wurde klimaneutral gedruckt.
Auflage: 3.500 Exemplare

Erika Heine - die Stimme der Obdachlosen

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen haben mehrere feministische Initiativen in Hannover zum Protest aufgerufen – laut, entschlossen und solidarisch. Gemeinsam machten sie unter der Parole »Frauen*häuser statt Panzer! Stoppt die Kürzungen!« deutlich, dass patriarchale, staatliche und strukturelle Gewalt kein Randphänomen, sondern ein globales System der Unterdrückung ist, das beendet werden muss.

Auch Erika Heine hat eine bewegende Rede an diesem Abend gehalten, auf die wir gerne aufmerksam machen wollen: radioflora.de/frauenhaeuser-statt-panzer-feministischer-widerstand-zum-25-november-in-hannover/?qtajax=true

Erika erhebt seit Jahren ihre Stimme aus der Perspektive einer wohnungslosen Frau in Hannover. Und zwar nicht nur für die Verbesserung ihrer eigenen Situation, sondern für die grundsätzliche Veränderung von einem brutal ungerechten System in dem wir leben.

»Nun stehe ich hier und Obdachlosigkeit hat sich, glaube ich, in einem Jahr verdoppelt.« Erika berichtet, wie das Hilfesystem Deutschlands für sie und viele andere keine Lösung bietet und dass Obdachlosenunterkünfte auch keine Sicherheit bieten.

»Ich sah immer mehr die Ungerechtigkeit, habe mich vom Hilfesystem gelöst und



Foto: Jakob Schnetz

mich selbstermächtigt. Ich bin nicht mehr gefügig und abhängig vom Hilfesystem. [...]

Das System ist durch und durch krank, aber die Bürger – ihr seid unsere Zukunft! Und zwar in allen Bereichen.«

Täglich bekommt Erika das Essen was sie isst durch Menschen, Bürger, die nicht ganz weggucken können.

Sie ruft dazu auf, dass wir alle noch mehr zusammenhalten müssen!

Erika macht es vor allem den Politiker*innen Hannovers sehr ungemütlich, aber sie erfährt auch viel Gegenwind. Sie meinte dazu in ihrer Rede: »Man könn-

te sagen, das war einer der größten Fehler, den man eingehen kann. Sich gegen das System zu wehren ohne Lobby.«

Erika benennt klar, die Stadtverwaltung sei nicht ernsthaft interessiert an Veränderung. Sowohl am Tag gegen Obdachlosigkeit als auch beim heutigen Tag gegen Gewalt an Frauen – von der Stadt als »orange day« ausgerufen – sollte die Stadtpolitik mit Handlungen und ernsthaften Veränderungen aufleuchten bevor sie sich selbst überall orange anstrahlen. ■

Redaktion in Kooperation mit Erika Heine
Kontakt: sabine.wegmann@rls-nds.de